

Ergebnis
an allen Verlagen.

Anzeigepreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 1500.— M.
Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M.
aus Deutschland Millimeterzeile 4000.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Fernsprecher
2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Auskündigung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der Vernichtungskampf gegen den Deutschkultusbund.

Der Warschauer Berichterstatter des „Tempo“ hatte eine Unterredung mit dem Außenminister Seyda über die Gründe der Auflösung der Deutschkultusbundorganisationen durch die Behörden. Der Außenminister gab dem französischen Berichterstatter, wie polnische Blätter melden, folgende Informationen:

„Die Zweigstellen des Deutschkultusbundes in Bromberg und Posen sind auf Grund des § 2 des deutschen Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 aufgelöst worden. Das Gesetz sagt, daß Vereinigungen, deren Zweck den Strafselekten des Staates widerspricht, aufgelöst werden können. Die polnischen Behörden gingen erst dann gegen den Deutschkultusbund vor, als sie die Gelegenheit hatten, daß die Tätigkeit dieser Vereinigung mit den Strafgesetzen konträr stand. Die Gewissheit gab erst eine Reihe von Materialien, die bei einer Haussuchung bei einem der Mitglieder des Deutschkultusbundes gefunden wurden. (Die Haussuchung wurde übrigens aus anderen Gründen angeordnet.) Unter diesen Materialien, unter denen an erster Stelle die Berichte der Schulabteilung des Deutschkultusbundes stehen, die für Berlin gemacht wurden, geht hervor, daß der Deutschkultusbund nach Direktiven aus Berlin handelte und Subventionen erhielt, daß er Beihilfen zahlte an Lehrer, Funktionäre des polnischen Staates, ihre Tätigkeit auf staatsfeindliche Arbeit hinleitete und ihnen Stellungen in Deutschland versprach für den Fall, daß sie infolge der staatsfeindlichen Arbeit ihren Posten verlieren sollten. Die Gewissenszweifel eines beträchtlichen Teils der Lehrer deutscher Nationalität, die auftauchten, als man sie bedrohte, ihrem Gelübde untreu zu werden, beruhigten die Emisionäre des Deutschkultusbundes, indem sie sagten, daß ihre Zweifel erdacht seien. Aus den Berichten der Schulabteilung geht hervor, daß man bei der Entgegennahme der Beihilfen und Versprechungen von den Lehrern verlangte, sie sollten Informationen über die Verhältnisse im Lande erteilen. Man bewog sie also zum Verrat von Dienstgeheimnissen und bereitete sie, die deutsche Bevölkerung der Opposition gegen die polnische Obrigkeit anzutreiben. Charakteristisch ist auch der Bericht, der die Aktion bespricht, die den Zweck verfolgte, neue Lehrerkräfte aus Danzig und Deutschland nach Polen zu schmuggeln und sie nach eigenem Plane unterzubringen. Nach diesem Bericht wurden diese Lehrer auf freie Privatstellen verteilt. Nach den gefundenen Dokumenten war der Deutschkultusbund die Schmiede antipolnischer Artikel für die deutsche Presse. Bedeutend ist der gefundene Vers „Abschied von Polen“. In einem der Sekretärs eines Sekretärs der Schulabteilung des Deutschkultusbundes meldet dieser den Behörden in Berlin, daß er jetzt dazu übergegangen sei, die Massenabsendung von Beschwerden über Polen an den Völkerbund zu organisieren. Weiter geht aus einem der Berichte hervor, daß der Deutschkultusbund bei der Ausführung der Instruktion des preußischen Landwirtschaftsministers vom 1. November 1921, die unter den Papieren eines Sekretärs der Schulabteilung Pommern-Süd gefunden wurde, und derjenigen vom 14. März 1922, in der die Anwälte aufgefordert werden, nur der Gewalt zu weichen und in keine Verständigung mit der polnischen Regierung einzugehen, tätig waren. Man vertrug den Anwältern in Berlin zulässige Belohnungen für geleistete Treue. Funktionäre sollten Proteste anfertigen und an den Sekretär des Völkerbundes absenden. Weit zugeschnitten war die Aktion der Anwälte. Diese wurden in allen Lebenszweigen durchgeführt. Man informierte über die Aufschluss- und die Nationalität einzelner Bürger, über nationale Organisationen, sogar über die Zahl der Militärärzte usw. Diese Informations- und Auskunftsarbeit hatte nichts Gemeinsames mit den offiziellen Aufgaben der Vereinigung. Die Arbeit des Deutschkultusbundes und dessen Zielen wurden, wie aus einer Reihe von Dokumenten und Berichten der Schulabteilung hervorgeht, bewußt als Verschwörungsarbeit betrieben. Auf Grund von Beweisen, die in der Hand der polnischen Behörden sind, war der Deutschkultusbund nicht eine politische Organisation der nationalen Minderheiten, sondern ein Staat im Staat, wie es übrigens Pastor Willigmann aus Lissa feststellte, daß das Ziel des Deutschkultusbundes die Loslösung der Westmarken von Polen und ihre Angliederung an Deutschland sei. Wie zu erkennen ist, hat die Tätigkeit des Deutschkultusbundes nichts Gemeinsames mit einer legalen rechtlichen Verteidigung der nationalen Minderheit. Polen kann nicht irgend jemandem das Recht zugeschenken, eine staatsfeindliche Aktion zu führen. Deshalb haben die Behörden die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben, damit sie untersucht und damit gegen den Vorstand und Mitglieder des Deutschkultusbundes das Strafverfahren wegen Verbrechens gegen die §§ 92, 128, 132 und 339 eingeleitet wird.“

Wir wollen einmal annehmen, daß der Herr Minister wirklich alles das so gesagt hat, wie es die polnischen Blätter nach einem Bericht der polnischen Telegraphenagentur wiedergeben, und daß er — wie man als selbstverständlich annehmen muß — von allem, was er gesagt hat, überzeugt ist.

Dann schon ist — abgesehen von allen Einwänden, die sich aufdrängen, die aber einen Zweck erst dann haben, wenn endlich einmal Einzelfälle als Tatsachen genannt werden, was immer noch nicht gechehen ist, — folgendes diesen Ausführungen entgegenzuhalten:

Erstens: Der Herr Minister erklärt, daß die Tätigkeit des Deutschkultusbundes zu seiner Auflösung führte. Die Feststellung einer gegen das Gesetz verstörenden Tätigkeit eines Vereins in einzelnen Fällen ist aber nach dem von dem Herrn Minister selbst zitierten Vereinsgesetz kein Grund zur Auflösung eines Vereins. Dazu bedarf es vielmehr der Feststellung eines ungesehenschen Zwecks. Wenn wirklich ein Verein auf einem Gebiet eine ungesehene Tätigkeit entfaltet, die mit seinem Zweck nichts zu tun hat (wie das der Herr Minister von der „Informations- und Auskunftsaktivität“ des Deutschkultusbundes erklärt), dann kann dieser Verein nach einem ordentlichen Gerichtsverfahren, dem eine eingehende Untersuchung vorangegangen ist, dafür bestraft werden. Eine

Auflösung, bevor das Gericht gesprochen hat, dürfte auch in diesem Falle nicht anstrengbar halten sein.

Zweitens: Gegenüber dem abermaligen Hinweis auf den Pastor Willigmann müssen wir auf Willigmans eigene Äußerung hinweisen (vgl. „Posener Tagebl.“ Nr. 207 vom 13. September 1923).

Drittens: Der Deutschkultusbund, sagt Herr Minister Seyda, ist eine Schmiede polensfeindlicher Artikel für die Presse gewesen. Bevor etwas derartiges öffentlich ausgesprochen wird, müsste — so scheint uns — erst genau festgestellt werden, was denn eigentlich unter „polensfeindlich“ zu verstehen ist.

Viertens: Wenn die Untersuchung der ganzen Angelegenheit noch schwelt — wie der Herr Minister selbst am Schlus sagt —, dann dürfte es kaum zu billigen sein, daß von einer solchen Stelle aus, wie sie Herr Seyda jetzt darstellt, Äußerungen in die Öffentlichkeit hinausgehen über Dinge, über die der Richter zu entscheiden hat.

Das die Entscheidungen des Haager Schiedsgerichts unanführbar seien,

behauptet der „Kurier Warszawski“ in einem Aufsatz unter der Überschrift „Ein kostspieliger Zeitvertreib“. Am Schlus dieses Aufsatzes heißt es: „Am bedeutsamsten für das Verfahren des Schiedsgerichtshofes ist die Tatsache, daß er ein deutscher Minister als Sachverständigen berief, also einen Bürger des Staates, der in der Frage der deutschen Anwälte als Partei de facto interessiert ist. Minister Schiffer hat schon einmal in Genf bei der Unterzeichnung der deutschpolnischen Konvention gesagt, was er über den Verfaßter Vertrag und die Konvention denkt. Um so verwunderlicher ist es also, daß das Gericht gerade ihn als Sachverständigen in der polnischen Angelegenheit heraufsetzt und ihm Funktionen überträgt, deren Kardinalgrundstück vollständige Objektivität sein müßte. Es kommt wirklich einer Farce gleich, die jedoch für die Autorität des erleuchteten Gerichtshofes gefährlich ist. Außer der polnischen Nation schätzt niemand die Bedeutung, die die Frage der deutschen Anwälte für uns besitzt, richtig ein. Für die Vertreter der polnischen Staaten bleibt sie das Märchen vom eisernen Wolf, das Schlesien, über dessen geographische Pace Lloyd George im unklaren war, als er die historische Notwendigkeit zu beweisen suchte, es den Tschechen zu geben. Es wäre lächerlich, von einer Regierung zu erwarten, daß sie gegen die eigenen Bürger zugunsten der annexionistischen Prämisse des Vorkriegspreußens die Extermination anwenden wollte. Die Entscheidung des Schiedsgerichtshofes hat also für uns die Bedeutung eines akademischen Disputs über das Thema: „Was könnte sein, wenn es anders wäre.““ (Ann. d. Schriftst. d. „Pos. Tagebl.“: Die Tatsache, daß der Schiedsgerichtshof, bevor er sein Urteil abgab, unter andern Sachverständigen auch den Minister Schiffer anhörte, ist natürlich kein Grund, die Gültigkeit dieses Gutachtens anzuzweifeln. Denn es wurden ja bekanntlich auch polnische Sachverständige gehört, und überdies wurde die polnische Auffassung noch durch einen englischen Anwalt vertreten. Alles dies dürfte auch dem „Kurier Warsz.“ bekannt sein.)

Ein Schiedsvertrag zwischen Polen und Österreich.

Während der Anwesenheit des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten Dr. Grünberger ist der Entwurf eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen Österreich und Polen festgelegt worden. Dieser Vertrag soll alle etwa zwischen den beiden Ländern auftauchenden Streitfragen, die in dem Vertrage ausdrücklich vorgesehen sind, der obligatorischen schiedsgerichtlichen Behandlung unterwerfen. Ferner wurde ein Protokoll über den Abschluß einer Konsularkonvention aufgesetzt, die die poln. und Wiensfragen sowie die Frage der Kosten für die Unterbringung polnischer Staatsangehöriger in österreichischen Krankenanstalten regelt. Bezüglich der handelspolitischen Fragen wurde Übereinstimmung daheim erzielt, daß der bestehende Handelsvertrag zu einem geeigneten Zeitpunkt weiter ausgestaltet werden soll.

Telegrammwechsel Seipel-Witos.

Ministerpräsident Witos hat vom österreichischen Kanzler Seipel folgende Depesche aus Österreich erhalten: „Unter dem Eindruck des prächtigen Empfangs, den uns der Staatspräsident und der Ministerpräsident bereiteten, fühle ich beim Verlassen des polnischen Landes noch einmal das Bedürfnis, meinen aufrichtigsten Dank für die Gastfreundschaft zu wiederholen und die Hoffnung zu äußern, daß unser Aufenthalt die Beziehungen zwischen Österreich und Polen zum Nutzen beider Nationen freundlicher gestalten wird.“

Ministerpräsident Witos sandte an Dr. Seipel folgende Antwortdepesche: „Gern erhalten ich das in so wohlwollenden Ton abgefaßte Telegramm. Ich beeile mich zu versichern, daß ich den hohen Ehren Exzellenz und der Sie begleitenden Vertreter der österreichischen Regierung stets im Gedächtnis bewahren werde. Ich bin überzeugt, daß die neu geknüpften Bande beide Länder zu beiderseitigem Nutzen dauernd zusammenhalten werden.“

Der Finanzminister Kucharski ist von seiner Reise nach Paris, London und Genf zurückgekehrt, den Zweck der Reise bildeten Anleiheverhandlungen.

Eine polnische Stimme gegen den Ruhrkrieg

Der bekannte polnische Nationalökonom Wladyslaw Stuwicki schreibt über die Okkupation im Ruhrgebiet u. a. folgendes:

„Die Note der englischen Regierung bezüglich der Besetzung des Ruhrgebietes war eine Folge des Standpunktes der ganzen englischen Presse, mit Ausnahme der „Morning Post“, die in unserer Presse ständig zitiert wird, und der Meinung der überwiegenden Mehrheit Englands. Die Note war eine Überraschung für die polnische Meinung, die schlecht und tendenziös informiert ist.“

Frankreich, das 22 Millionen weniger Einwohner hat als Deutschland, natürlichen Zuwachs nicht besitzt und eine schwächere Entwicklung der Produktionskräfte aufweist wie Deutschland, möchte den natürlichen Zuwachs Deutschlands einzämmen, dessen Emigration und Entvölkerung fördern. „Es gibt 20 Millionen Deutsche außerhalb in Europa“ — sagen die Franzosen. Deshalb ist die Verdrängung von 20 Millionen deutscher Bevölkerung das Ziel Poincarés.

Da ihm eine Linksposition in der Ruhrfrage entgegensteht, wünscht sie Poincaré zu verschönern, indem er durch Aussenden einer Mission nach Ruhrland einen Kontakt mit der bolschewistischen Regierung herzustellen versucht. Je mehr sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland verschärfen, desto mehr werden beide Seiten eine Annäherung an Ruhrland suchen, und dieses Wetttrennen muß in der Zukunft auf unsere Kosten gehen. Doch liegt diese Frage für uns noch in der Ferne. In der Gegenwart haben wir wirtschaftliche Sorgen. Trotz des Erfolges der aktiven Handelsbilanz haben wir einen katastrophalen Sturz der Mark zu verzeichnen, der durch äußere Gründe, durch die allgemeine wirtschaftliche Verwirrung in Europa und durch die Ruhrbesetzung herverufen wird.“

Während der Ruhrbesetzung vergrößerte sich der Bedarf Deutschlands an Kohle aus dem polnischen Oberschlesien. Frankreich wünschte von uns die Einstellung der Kohlenlieferungen an Deutschland, konnte aber darauf nicht bestehen, weil sonst die Arbeit im oberschlesischen Kohlenbeden hätte eingestellt werden müssen. Gegenwärtig erhält Deutschland 90 Prozent der Kohlenproduktion Polnisch-Oberschlesiens. Wir besitzen keine Wagons zur Ausführung der Kohle. In dem Augenblick, wo in Deutschland durch eine Revolution oder durch die Ruhrbesetzung eine wirtschaftliche Katastrophe ausbricht, steht die Arbeit in Polnisch-Oberschlesien still. Heute ist dies keine revolutionäre Provinz und hat keine Neigung zu kommunistischen Bewegungen. Der Krankheitsbazillus der kommunistischen Revolution, der überall in gewisser Ausdehnung wuchert, entwickelt sich aber dort, wo ihm Elend und Arbeitslosigkeit Untergrund bieten. Von Deutschland kann die Revolution nach Oberschlesien und von dort nach Polen übertragen werden. Die Hälfte unseres Außenhandels ist der Handel mit Deutschland. Die wirtschaftliche Eröffnung in Deutschland bedroht auch den Lebensnerv der polnischen Wirtschaft.

Der Schutz der Ostgebiete Polens.

Der Abwehrkampf gegen die Nährberbände.

Ministerpräsident Witos erbrachte am Mittwoch eine Abordnung der Bevölkerung der östlichen Grenzgebiete mit dem Senator Siedlecki und dem Abgeordneten Wolfski an der Spitze. Die Abordnung kam aus einem Gebiet, in dem Nährberbände ihr Unwesen treiben. Diese Banden fühlen sich so mächtig, daß sie sogar ganze Eisenbahngleise überfallen (zuletzt vor wenigen Tagen auf der Strecke Sarmy-Luniniec). Die Abordnung sprach die Bitte der Bevölkerung um verstärkten Schutz aus und berichtete zugleich über die Wünsche der Bevölkerung hinsichtlich der Regelung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und der Schulangelegenheiten. Der Ministerpräsident versprach eingehende Prüfung der berührten Fragen und bat um Zuwendung ausführlichen Materials.

Zweihundert neue Kasernen zum Schutz der Ostgrenze.

Das Inneministerium beginnt in der nächsten Zeit mit dem Bau von 200 Kasernen an der Grenze Polen-Sowjetrußland. Dadurch soll der dort sehr wichtige Grenzdienst vervollkommen werden.

Berurteilung von Ukrainern.

Am Donnerstag, den 20. d. Mts., wurde in Lemberg durch das Standgericht das Urteil gegen Ukrainer wegen Brandstiftung und Sabotage gefällt. Von den Angeklagten wurden drei zum Tode, einer zu 20 Jahren, 2 zu 15 Jahren, 2 zu 12 Jahren, 4 zu 10 Jahren, einer zu 8 Jahren und einer zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus Warschau.

Die Sozialdemokraten wünschen eine Volksregierung der Arbeiter und Bauern.

Am Sonntag fand in Warschau unter dem Vorsitz des Sejmabgeordneten Dajakski und Baremba eine Sitzung des Hauptrates des Klubs der Polnischen Sozialistischen Partei statt, auf der über die politische Lage Polens beraten wurde. Die einzelnen Redner betonten in ihren Ansprachen die Bedeutung der Verteidigung der Demokratie gegen die Anschläge der Rechten sowie die Notwendigkeit, sich unverzüglich mit dem linksorientierten Teil der Volkspartei zwecks gemeinsamen Kampfes gegen die Chjena-Piasten-Régierung in Verbindung zu setzen. Nach der Aussprache wurden folgende Entschlüsse angenommen: 1. Die Politik der Witos-Régierung führt den polnischen Staat zum Ruin und ist für die Arbeiterklasse äußerst nachteilig; 2. der Bankrott dieser Politik ist unvermeidlich; 3. parlamentarische Regierungen können nur einen zeitweiligen Kompromiß bilden; 4. die Arbeiterklasse muß bestrebt sein, eine Volksregierung der Arbeiter und Bauern zu berufen. Zum Schlus wurde der Sejmklub der P. S. aufgefordert, alles zu tun, um die schnellste Einberufung des Sejms durchzuführen.

Polens Verhandlungen mit Finnland

über einen polnisch-finnischen Handelsvertrag, die vorübergehend unterbrochen worden waren, werden am 1. Oktober in Warschau wieder aufgenommen werden.

Baldwin und Poincaré sind einer Meinung?

Am Mittwoch fand die angekündigte Zusammenkunft Baldwins mit Poincaré in Form eines Frühstücks in der englischen Botschaft in Paris statt. Nach dem Frühstück begann ein intimer politischer Meinungsaustausch, bei dem außer den beiden Premiers nur Baldwins Privatsekretär und ein Dolmetscher zugegen waren. Nachmittags 5 Uhr wurde Baldwin vom Präsidenten Millerand empfangen, wobei Poincaré nicht zugegen war. Wahrscheinlich ist Baldwin am Donnerstag bereits wieder abgereist.

Über den Verlauf der Unterredung gab gegen Abend die englische Botschaft einen Bericht aus, worin besont wird, daß in einer einzigen Unterhaltung nicht endgültige Lösungen vereinbart werden konnten, daß jedoch in keiner Frage zwischen den beiden Staatsmännern eine verschiedene Meinung über das Endziel oder eine sonstige grundhafte Differenz besteht.

„Manchester Guardian“ vergleicht diese Zusammenkunft mit der jüngsten zwischen Bonar Law und Poincaré im Januar d. Js. Auch damals habe die Pariser Presse dem englischen Premierminister zugejubelt, um ihn drei Tage später in Grund und Boden zu verdammen. Die beiden Staatsmänner hätten sich eigentlich nichts zu sagen gehabt. Englands Politik sei sehr einfach: das deutsche Gebiet soll unversehrt bleiben, und Deutschland müsse in einer solche Lage verfechtet werden, daß es seine Zahlungen leisten könne. Frankreich hingegen verlangt, daß England die Ruhrbesetzung als vollendete Tatsache hinnehme und sich jeder Einmischung enthalte. Zum Lohn dafür, sagt „Evening Standard“, solle darum England ein Wort bei der allgemeinen Regelung mitreden. Dies sei weder verlockend, noch besonders ehrenhaft.

Aus dem besetzten Gebiet.

Neue Pässe. Nach einer Mitteilung der französischen Besetzungsbehörde verlieren alle Stempel auf Pässen und Personalausweisen mit Ablauf des 30. September ihre Gültigkeit. Die neuen Passbestimmungen sind noch nicht bekanntgegeben.

Zu den nächsten Tagen wird eine Kriegsgerichtsverhandlung stattfinden, in der sich August Thyssen gegen die Anklage zu verantworten haben wird, während der Verkehrsperre in Duisburg mit einem Auto in der Stadt gefahren zu sein.

„Olkupationsgelder.“ Die Franzosen haben neuerdings an die meisten Stadtverwaltungen des besetzten Gebiets das Anfordern gestellt, ihnen täglich eine bestimmte Summe in französischer Währung als Okkupationsgelder auszuzahlen. So stellte, wie bereits kurz gemeldet, die Besetzungsbehörde in Bockum an die dortige Stadtverwaltung das Verlangen nach täglicher Ablieferung von 8000 französischen Franken. Auch in Gelsenkirchen wurde am Sonnabend der Oberbürgermeister erucht, für „Bedürfnisse“ der französischen Bevölkerungsgruppen in Gelsenkirchen täglich 10 000 Franken zur Verfügung zu stellen. Es ist selbstverständlich, daß das Stadtobertaupt von Gelsenkirchen ein derartiges Anfingen rundweg ablehnt. Die Franzosen haben im Weigerungsfalle sofortige schwere „Sanktionen“ angedroht. Sie haben diese Drohung inzwischen infolge wahrgemacht, als sie allerorten Handstreiche und Überfälle auf Banken vornahmen. So wurde in der Stadtasse in Gelsenkirchen abermals der erhebliche Betrag von über 350 Milliarden Mark von den Franzosen „beschlagnahmt“.

Überwachung der Banken. Die Franzosen haben, anscheinend höherer Anweisung folgend, nunmehr in allen Städten, in denen Reichsbanknebenstellen und sonstige größere Bankinstitute vorhanden sind, einen umfassenden Überwachungsdiest für den Verkehr mit den Bankinstituten eingerichtet. Jeder, der die Banken mit einem Paket, einer Hand- oder einer Aktentasche verläßt, wird sofort von mehreren französischen Zivilbeamten „überfallen“. Führt er Geldmengen, ganz gleich in welcher Höhe bei sich, dann wird dieses ohne weiteres „beschlagahmt“. Die französische Behörde begründet dieses Vorgehen damit, daß die Gelder für angeblich ungeeignete Zwecke, besonders für Unterstützungen an Erwerbslosen und an Eisenbahner Verwendung fänden. Auf diese Weise sind in den letzten Tagen ungezählte Milliarden in die Tasche des fremden Überwachungsdienstes gefallen.

Aus Wiesbaden wird gemeldet, daß die Franzosen gegenüber dem Regierungsgebäude einen besonderen Dienst in einer Wirtschaft eingerichtet haben, von der aus sie Tag und Nacht den Verkehr in dem Regierungsgebäude beobachten.

Ein eigenartiger Zwischenfall in der britischen Zone.

Der Kölner Berichterstatter der „Times“ meldet seinem Blatte: Auf Weisungen der britischen Behörden verhaftete die deutsche Polizei drei gefährliche Agitatoren (die deportiert werden sollten) in Frechen, einem Dorf im Zentrum des Braunkohlengebietes, an der Peripherie von Köln gelegen, das einen nicht beseitigbaren Ruf wegen der Rauheit seiner Grubenarbeiterbevölkerung besitzt. Am 9. September, abends, erschien plötzlich ein aus mehreren tausend Arbeitern bestehender Mob bei der Polizeistation von Frechen und verlangte die Freilassung der Verhafteten. Die Lage wurde bedrohlich, und es wurde um Verstärkungen nach Köln telefoniert. Aber bevor diese eintreffen konnten, erhielten die Syndikalisten von einer anderen Seite Bestand. Ein belgischer Offizier in Begleitung von anderen Offizieren fuhrte im Auto die Grenze zwischen der belgischen und der englischen Zone, fuhr nach Frechen und befaßt der deutschen Polizei, die syndikalischen Agitatoren, die auf unsere (englischen) Befehle hin verhaftet worden waren, freizulassen. Der Offizier sah die Männer in sein Auto und brachte sie in das belgische besetzte Gebiet. Die Belager erklärten, daß einer der Männer, obwohl er in Frechen lebte, sich in französisch-belgischer Anstellung befand.

Bevorstehende Einigung zwischen Italien und Süßlawien.

Der „Matin“ erfuhr aus gut unterrichteter Quelle, daß der seit 5 Tagen gepflogene Notenaustausch zwischen Italien und Süßlawien zu folgenden Ergebnissen geführt hat:

1. Annexion Istriens durch Italien gegen Anerkennung der Oberhoheit Süßlawiens über die Insel Baros und das Delta seitens Italiens.

2. Grenzregulierungen in Slowenien zugunsten Süßlawiens.

3. Ausgestaltung des Handelsvertrages.

4. Zwischen Süßlawien und Italien wird ein militär-politischer Vertrag abgeschlossen, der eine enge Zusammenarbeit im Balkan und in Mitteleuropa ermöglicht. Süßlawien darf in Adriatischen Meer keine Kriegsflotte halten.

Minderheiten- und Kultursachen vor dem Völkerbund.

Der Völkerbundrat nahm in seiner Montagsitzung nach Erledigung des griechisch-italienischen Streitfalles von der Erklärung des estnischen Vertreters Kenntnis, wonach der Minderheitenschutz in Estland in in Übereinstimmung mit den allgemeinen Richtlinien des Minderheitenschutzes durch die estnische Verfassung gesichert sei. Er beauftragte ferner das Völkerbundsratsscretariat, gemeinsam mit der albanischen Regierung das von dieser vorgelegte Material über den Minderheitenschutz in Albanien zu prüfen.

Der fünfte Ausschuß (soziale Fragen) beriet über Anträge der chinesischen, rumänischen, französischen und venezolanischen Delegierten, die die Aufnahme von Vertretern der rumänischen, der serbischen, der tschechoslowakischen und der lateinisch-amerikanischen Kultur in die Völkerbundskommission für geistige Zusammenarbeit befürworten. Murrah-Südafrika, unterstützt von Fräulein Bonnevin-Norwegen, machte darauf aufmerksam, daß diese Frage nicht entschieden werden könne, so lange nicht auch die deutsche Kultur vertreten sei. Fräulein Bacarescu-Rumänien erklärte, daß Deutschland seinerzeit in der Kommission teilnahm, daß aber Einstein sie in unfreundlicher Weise verlassen habe. Reynold-Schweiz führte aus, daß er um Führungnahme mit den geistigen Organisationen Deutschlands bemüht gewesen sei, aber auf wenig Entgegenkommen gestoßen sei. Bardoux-Frankreich schlug vor, als Vertreter der deutschen Kultur ein österreichisches Mitglied zugulassen. Die verschiedenen Anträge gingen einem Unterausschuß zu. Der sechste Ausschuß (politische Fragen) hielt eine kurze Sitzung über die osteuropäische Frage ab.

Salandra gegen Branting.

Zu Beginn der letzten Sitzung des Völkerbundrates gab Salandra eine lange und scharfe Erklärung zu Brantings gestriger Rede über die Besetzung Korfus und die Zuständigkeit des Völkerbundes ab. Salandra erklärte zunächst mit grossem Nachdruck, daß der Konflikt mit Griechenland erledigt und der Streitfall vollständig abgeschlossen sei. Die Sitzung werde hoffentlich die letzte in dieser Angelegenheit und seine Rede die letzte Erklärung sein. Dann bestritt er in lebhaften Worten, daß die Besetzung Korfus, wie Branting behauptet hätte, dem Völkerbundspolit widerspreche, indem er unter Beifügung von völkerrechtlichen Autoritäten und an Hand anderer Beispiele friedlicher Besetzung, wie sie andere Staaten früher, vor allem auch Frankreich und England, gehabt hätten, die These vertrat, daß die friedliche Besetzung den Zweck der „Sanktion“ habe, was völkerrechtlich zulässig sei. Er bezeichnete die Ausführungen Brantings hierüber als unannehmbar. Brantings zweiten Vorwurf, nämlich, daß der Rat seine Zuständigkeit nicht sofort klar festgestellt habe, misst Salandra zuviel, indem er sich ausführlich auf Lord Robert Cecils gestrige Rede berief, die alle Argumente zugunsten der Auffassung Salandras enthielt.

Branting entgegnete auf Salandras Ausführungen, daß sie ihn in keiner Weise überzeugt hätten und er seinen Standpunkt durchaus aufrecht erhalten müsse.

Die neue Regierung in Spanien.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ meldet aus Madrid: Um 8½ Uhr empfing gestern im Kriegsministerium General de Rivera die Vertreter der gesamten spanischen Presse. Sechzig Journalisten waren anwesend. Der General sagte zunächst, das neue Regime sei wie ein kleines Kind, das man schützen müsse, wenn man es nicht erstören will. Infolgedessen müsse er die energischsten Sicherheitsmaßnahmen treffen. Hierzu gehöre der Verlagerung zu stand und alles, was er mit sich bringt. Der General sprach dann heftige Drohungen aus gegen diejenigen, die Unruhen hervorrufen wollen. Er werde unabgängig gegen derartige Leute sein. Die Bewegung sei aus dem Ordinanza hung der Landes geboren. Im weiteren Verlaufe seiner Erklärungen verteidigte sich der General mit Entrüstung gegen die Behauptung, er sei deutschfreundlich, und erklärte, er sei französischfreundlich. Der General sagte, daß er trotz darauf sei, die Ehrenlegion zu tragen. Mit großer Bewegung habe er dem Einzuge der siegreichen alliierten Truppen beigejubelt. Er habe während des ganzen Krieges die unmenschliche Methode Deutschlands verurteilt. Hinsichtlich Marokkos erklärte der General, am kommenden Donnerstag wird General Alvaro als Oberkommissar nach Marokko abreisen. Er wird dem Direktorium einen eingehenden Bericht erstatten. Alle Generale, die das Direktorium bilden, haben in Marokko im Felde gestanden. Sie können infolgedessen die Entscheidungen treffen, die notwendig sind. Ich habe gerade eine französische Delegation von Raissuli erhalten, der der neuen Regierung seine Glückwünsche ausspricht und mitteilt, daß in der von ihm besetzten Gegend Ruhe herrscht. Das ist ein erster Erfolg. Der General fuhr fort: „Wir werden keine neuen Beamten mehr ernennen.“

Nach und nach nimmt das Leben in Spanien seinen normalen Gang wieder an. Auf Grund der Befehle des Generals de Rivera, daß alle Ministerialbeamten pünktlich in ihren Büros zur Arbeit erscheinen haben, stellt man eine erhöhte Arbeitsstätigkeit in den Ministerien fest. Hingegen ist man im Publikum in großen Kreisen sehr skeptisch und überall kann man das Wort vernehmen: Wir wollen nur sehen, wie lange es dauert. Man ergeht sich in der öffentlichen Meinung Spaniens in lebhaften Kommentaren über die Absetzung der Zivilgouverneure und Präfekten. Man sieht darin eine neue Maßnahme der militärischen Elemente, das ganze nationale Leben in ihren Händen zu vereinigen. Man fragt sich in gewissen Kreisen, ob die militärischen Elemente, die so ihre Hand auf alle Verwaltungszweige legen, in der Lage seien werden, den Gang dieser Verwaltungszweige zu gewährleisten. In Barcelona ist die Stimmung etwas besser. Dort nimmt die Bevölkerung die neu geschaffene Lage in dem Gefühl hin, daß sie dem sozialistischen Terror, der in der Stadt seit einigen Jahren herrschte, immerhin vorzuziehen sei.

Sowjetrußland.

Das Schicksal der russischen Gutsbesitzer.

Die durch die Sowjetregierung enteigneten russischen Großgrundbesitzer haben sich, soweit sie nicht aus Russland ausgewandert sind, mit den Bauern in vielen Gegenden dahin geeinigt, daß sie auf ihren ehemaligen Ländereien als Nutznießer und Bearbeiter kleiner, den Bauernhöfen entsprechender Parzellen selbst als Bauern leben. Die Sowjetregierung scheint sich dieser Regelung nicht zu widersehen, da das Kommissariat für Landwirtschaft dem Allrussischen Centralrätevangelium eine Verordnung vorgeschlagen hat, durch welche diese „neuen“ Bauern den übrigen rechtlich gleichgestellt werden sollen. Da in einzelnen Bezirken die ehemaligen Gutsbesitzer auch diese kleinen Nebenländereien heraustreten werden, haben, wie der Ost-Express meldet, in entsprechenden Fällen die Gouvernements-Exekutivkomitees den betreffenden Dorfgemeinden zu verstehen geben, daß eine solche Enteignung gesetzlich sei. Doch ist andererseits durch ein Dekret des Rates der Volkskommissare verboten, die enteigneten Güter, heute Staatsländereien, den ehemaligen Besitzern in Pacht zu geben.

Musschenerregende Verhaftungen in Moskau.

Aus Moskau wird gemeldet: Die staatliche politische Verwaltung hat hier in den letzten Tagen eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen, die in Moskau großes Aufsehen erregt haben, da es sich dabei teilweise um Personen handelt, die einflußreiche Posten im Sowjetapparat bekleiden und der russischen kommunistischen Partei angehören. Die Moskauer „Iswestja“ teilen nunmehr, ohne die Namen der Verhafteten zu nennen, mit, es sei eine Gruppe von Personen verhaftet worden, welche sich mit Plänen trugen, die den Feinden Sowjetrußlands im Auslande nützlich sein würden. Das offizielle Communiqué führt u. a. aus, die Regierungen der Nachbarländer hätten in der letzten Zeit durch ihre Agenten eine erhöhte Tätigkeit innerhalb Russlands entwickelt, wobei es sich nicht nur um direkte Spionage, sondern auch um Beeinflussung der Stimmung der Arbeiterschaft handele. „Es ist bekannt geworden,“ heißt es wörtlich in dem Communiqué, „daß diese Provalutions- und Spionagearbeit Aussichten auf eine jedenfalls unbewußte Unterstützung von Seiten einiger kleiner Gruppen und Personen erhalten hat, die der kommunistischen Partei feindlich gesinnt sind.“

Verurteilung eines französischen Spions.

In diesen Tagen fällt der Oberste Gerichtshof in Moskau das Urteil in der sensationellen Anklage gegen den französischen Detourneur, der seit Jahren als Spion der französischen Regierung in Sowjetrußland gewelt hat. Während des Krieges diente er in der russischen Armee und wurde Offizier. Nach der bolschewistischen Revolution unternahm er im Auftrag der französischen Regierung zahlreiche Spionagetafeln im Rücken der Roten Armee. Im Jahre 1922 wurde er in Batum verhaftet. Das Urteil lautet auf Todesstrafe unter Ausschluß jeder Amnestie.

Ein Sowjet-Atlas.

Im Zusammenhang mit dem Abschluß der Bildung des Sowjet-Bundesrepublik herausgegeben werden.

Deutsches Reich.

Reichskabinett und passiver Widerstand.

Das Reichskabinett hat Dienstag eine sehr bedeutende Sitzung über die Frage des passiven Widerstandes abgehalten, über die vorher bereits mit den Vertretern der Beamtenorganisationen und Gewerkschaften aus dem Ruhrgebiet Besprechungen geführt worden waren. Die Beratungen des Kabinetts waren, wie stets, vertraulich.

Bevorstehender Zusammenseitritt des Reichstags.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die neuen einschneidenden Reformpläne der Regierung auf währungs-politischem Gebiete nicht im Verordnungswege, sondern im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werden müssen. Man rechnet daher in diesen Kreisen mit einem Zusammenseitritt des Reichstags in der nächsten Woche.

Generalstreik in Freiburg i. B.

Die vom badischen Wiesental ausgehende Bewegung hat nunmehr auch in Freiburg im Breisgau Fuß gefaßt. Heute hat der bereits angekündigte Generalstreik begonnen. Frühzüge konnten nicht gefahren werden, weil Beizer und Lokomotivführer nicht zur Arbeit kamen. Die Züge erscheinen nicht.

In Österreich ist der Bahnhof und Ortsverkehr eingestellt worden. Die Polizei wird nachts aus Fenstern und Kellerlöchern beschossen. Mehrere Fabrikanten wurden schwer mishandelt. Ein deutsch-nationaler Führer und der Direktor des Wasserwerks wurden als Geiseln verhaftet, aber nach schweren Misshandlungen wieder freigelassen. Die Arbeiter fordern sofortige Zurückziehung der Polizei, Freilassung der Verhafteten und Friedensrealitäten.

** Eine Devise-Mazzia in Berlin. Am Dienstag fand in Berlin eine Devise-Mazzia statt. Es waren zu dem Unternehmen 150 Kriminalbeamte abkommandiert, zu denen sich noch eine Anzahl uniformierter Polizeibeamten gesellten. Das Unternehmen richtete sich nur gegen solche Cafés, von denen man durch lange Beobachtungen wußte, daß in ihnen wilde Devisebörsen aufgemacht waren. Es handelte sich dabei um die Friedrichstraße, ein Café am Bayerischen Platz, ein anderes am Kurfürstendamm und auch sonst noch einige Cafés des Westens. Hotels sind vorläufig nicht in dem Bereich der Mazzia gelegen worden. Auch ist streng nach der Vorschrift verfahren worden, daß Reisende, die sich einwandfrei als Ausländer legitimieren und nur vorübergehend in Berlin Aufenthalt hatten, ihre Valuten belassen werden sollten. Die gesamte Aktion verlief ohne jeden Zwischenfall. Die Summe, die bei ihnen gefunden wurde, wurde festgestellt. Verhaftet wurde niemand außer einigen Ausländern, die keine Aufenthaltslaubnis hatten. Es wird erwartet, daß diese Mazzia nur den Anfang einer Reihe weiterer Maßnahmen bildet und daß die Kaffeehäuser nicht die einzigen Unternehmen bleiben, deren Publikum unter die Lupe des Devisekommissars genommen werden muß. Es wird aber ausdrücklich betont, daß der Ausländer, der Berlin besucht, keinerlei Schwierigkeiten zu befürchten braucht, soweit er sich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften über Pas und Visum hält.

** Das amtliche Ergebnis der Devise-Mazzia in Berlin wird amtlich mitgeteilt: Die gestrige Aktion des Devisekommissars hat ein recht erfreuliches Ergebnis gezeitigt. Es wurden neben Dollars und englischen Pfunden Gelbscheine fast aller europäischen Staaten beschlagnahmt: holländische Gulden, spanische Pesetas, norwegische, dänische, schwedische und österreichische Kronen, Tschechenkronen, estnische Rubel, Schweizer und französische Franken, serbische Dinare, Somjetrubel und als Kuriosum auch ein Wrangelrubel. Als Hauptbeträge sind zu nennen: 3120 Dollars, 86 englische Pfunde, 878 holländische Gulden, 1402 tschechische Kronen und 475 Schweizer Franken, die der Bevölkerung verfielen.

** Eine Blüte der Heze. Die bayerische Regierung verbietet das Erscheinen des „Amberger Tageblatts“ auf acht Tage. Das Blatt hatte in einem Vergleich zwischen dem Schloss Nürnberg und dem des jetzigen Reichslandzimmers Dr. Stremann zur Errichtung desselben aufgefordert.

** Das Anwachsen der Kosten des Lebensunterhaltes betrug in Deutschland in der Woche vom 10. bis zum 17. September 182 Prozent.

** Die Großhandelspreise in Berlin sind in der Zeit vom 11. zum 18. September um 212,8 Prozent gestiegen. Im Vergleich zu den Kriegskosten steht diese Steigerung im Verhältnis von 1 zu 36 Millionen.

** Deutschnationaler Protest gegen die Politik Stremanns. Die deutschnationale Fraktion des Reichstags und des preußischen Landtags hat einen Protestbeschluß gegen die Politik Stremanns gegenüber Frankreich gefaßt. Man nimmt an, daß diese Politik zur Einstellung des passiven Widerstandes und zur Kapitulation Deutschlands führen wird. Die deutschnationale Partei lehnt jede Verantwortung für diese Politik ab und wird ihre Ergebnisse niemals anerkennen.

Aus aller Welt.

Vorläufiger Handelsvertrag zwischen Dänemark und Estland. Zwischen Dänemark und Estland ist ein vorläufiger Handelsvertrag abgeschlossen worden, der Dänemark Weitbegünstigung in Bezug auf Böldurchgangsverkehr und Personen zusichert. Man nimmt an, daß diesem vorläufigen Handelsvertrag später ein fester Vertrag folgen wird.

Silbergeld in Lettland. Die lettändische Regierung beschloß Silbergeld im Wert von 1 Lat = 50 lettische Rubel zu prägen und in Umlauf zu setzen. Diese Münzen werden an Wert einem Schweizer Franken entsprechen.

Die Prinzessin Mafalda von Italien, deren bevorstehende Verlobung mit dem Kronprinzen von Belgien fürstlich durch die Presse gemeldet wurde, ist schwer erkrankt. Während soeben noch eine Besserung im Verlaufe der Prinzessin angekündigt war, heißt es jetzt, daß die Prinzessin in ihrem Krankenbett der Prinzessin im Schloss Racconigi versammelt. Prinzessin Mafalda, geboren 1902, ist die zweite Tochter des Königs. Begeisterter Empfang Bagul Bascha in Alexandrien. „Petit Parisien“ meldet aus Alexandrien von dem entzückenden Empfang, den die Bevölkerung Bagul Bascha, dem Führer der ägyptischen Nationalisten, bei seinem Einzug in Alexandria bereitete. Die Polizei war nicht imstande, die Menge zurückzuhalten, die herbeigeströmt war, um

Aus Stadt und Land.

Posen, den 21. September.

Die neuen Rückschriften für Fleisch.

Die Marktpreisprüfungsstelle beim Starostwo Grodzki hat auf Grund von Sachverständigengutachten für die Zeit von Donnerstag den 20., bis Mittwoch, den 26. d. Mts., nachstehende Rückschriften festgestellt:

Schweinefleisch das Pfund 45 000—52 000 M., frischer Speck das Pfund 60 000 M., Rindfleisch das Pfund 38 000 bis 42 000 M., Biegenfleisch unverändert.

Unser neuer Roman

beginnt morgen, in der Sonntagsnummer. Er spielt in den Kaufmannskreisen einer Hansestadt und bringt lebendig dargestellte, spannende Begebenheiten mit reizvoll wechselndem Schauplatz.

Nochmals „Der falsche Graf.“

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:

Bu Ihrem interessanten Artikel „Der falsche Graf“ in Nr. 212 sei bemerkt, daß die „ergänzenden Mitteilungen“ insofern nicht ganz zutreffen, als der hier im „Großmann“ stehende „Pseudograf nicht identisch ist mit dem „Grafen“ Eisenbach-Wilemski. Hier steht nämlich Herr Walerian Beder, der sich trotz seiner 24 Jahre und seines absoluten Unbildung eine Reihe hoher Auszeichnungen verliehen hatte. Er führte Bescheinigungen bei sich, die er, wie der wunderbare Mann in „Peter Schlemihl“ immer wieder, je nach Bedarf, aus seinen unergründlichen Taschen heranzog, allerding — immer erst am nächsten Tage. In Konstantinopel hatte er das medizinische Doktorexamen bestanden, war Leutnant geworden, besaß die Eisernen Kreuze erster und zweiter Klasse, den türkischen Eisernen Halsorden und wegen Verdienst eines russischen Munitionslagers sogar den Orden Pour le mérite u. s. v. Die Universität Berlin verlieh ihm wegen einer wissenschaftlichen Arbeit den Professor honoris causa! Der Generalarzt Graf Bederki (wie er erzählte, sein natürlicher Vater) adoptierte ihn! In Warschau mußte er, da man seiner Jugend wegen zweifelte, das ärztliche Examen wiederholen, das er „mit Glanz“ bestand! In einem Beugnis war er als „bohater polski“ (polnischer Held) bezeichnet. Dieser vor treffliche Jüngling konnte leider niemals Originalzeitung vorweisen. Diese lagen ja, wie er erzählte, in Warschau im Kriegsministerium. Dagegen führte er Abschriften bei sich, in einem höchst fragwürdigen Deutsch abgeschafft und größtentheils vom Gouvernement oder vom Soldatenrat in Konstantinopel beglaubigt und unterstempelt. Die Stempel dazu sollen allerdings später in einer Schachtel unter seinem Bett, ul. Wieli Garbarska 5, Treppen (fr. Groß Gerberstr.) gefunden worden sein.

In einem gerichtlichen Termin am 25. Juni 1923 beschwerte der Herr „Professor“ sogar, er sei Voluntarius bei der hiesigen Universität und gab ein höchst wissenschaftliches Gutachten ab, das er offensichtlich aus einem medizinischen Werke abgeschrieben hatte.

So viel heut über diese dumme Existenz. Vielleicht bietet sich noch Gelegenheit, über andere ähnliche „Nachkriegsscheinungen“ zu berichten, die auf Kosten des Portemonnaies leichtgläubiger Menschen sich mit solchen selbstverliehenen Titeln schmücken.

Eine Beschwerde und die Antwort darauf.

Deutsche Schülerinnen aus Posen, die eine Schule in Lissa besuchten, wurden während der Heimfahrt in der Eisenbahn wiederholt von polnischen Schülerinnen beschimpft und belästigt (z. B.: „Ihr dummen Deutschen, was habt Ihr hier in unserer Bahn zu Jahren; hinauswerfen werden wir Euch, daß Ihr tot liegen bleibt; dann würden vier von Eurer Sorte weniger sein!“). Einmal verließ eine der polnischen Schülerinnen einem der deutschen Mädchen, das am Fenster des Abteils stand, einen Stoß, daß das Mädchen auf die nächste Bank aufflog. Da als Täterinnen Schülerinnen der staatlichen Handels- und Gewerbeschule in Lissa festgestellt wurden, wandte sich der Vater eines der belästigten deutschen Schülerinnen an die Direktion dieser Anstalt mit einem Schreiben, in dem er unter Nennung der ihm bekannten Täterinnen bat, diesem Treiben ein Ende zu machen. Da er der polnischen Sprache nicht mächtig ist, schrieb er deutsch. Die Antwort, die er auf seine Beschwerde erhielt, lautet in deutscher Übersetzung:

Staatliche Handels- und Gewerbeschule Lissa, d. 18. Sept. 1923.

in Posen.
An Herrn

Ihr Schreiben vom 18. September 1923 wird Ihnen zurückergeben mit dem Bemerkung, daß die Schulleitung nur polnische Schreiben entgegennimmt und ihren Schriftwechsel nur in polnischer Sprache erledigt.

(gez.) N. N., Direktor der Schule.

Neue Vorschriften für Auslandsreisen männlicher Personen, die im Alter von 18 bis 50 Jahren stehen, sind vom Kriegsministerium herausgegeben worden. Bei Offizieren gelten die Vorschriften bis zum 60. Lebensjahr. Die neue Instruktion, die jetzt alle Wojewodschaften, Starosten u. s. v. abgeht, enthält den Grundgedanken, daß die Ausreise eines Staatsbürgers nach dem Ausland bis zu einem bestimmten Alter nicht im Wider spruch mit den Aufgaben der Staatsverteidigung stehen kann. Entsprechende Genehmigungen für die Ausreise werden die Bezirkskommandos erteilen, an die sich die Interessenten mit Angaben zu wenden haben. Die Bezirkskommandos sollen die Angaben unabhängig von den Zivilbehörden erledigen, d. h. ob sie vorausgehend Erledigung der Formalitäten bei den Zivilbehörden. Die Instruktion enthält besondere Bestimmungen für Personen, die ins Ausland reisen wollen, um Studien fortzuführen, ferner Bestimmungen für polnische Bürger, die unter gesetzlichen Bedingungen jenseits der Grenze Polens weilen, sowie für polnische Bürger, die im Freistaat Danzig wohnen.

Der Goldfranken im Postverkehr. Seit dem 15. September wird bei den Postämtern bei der Entgegennahme von Auslandsdokumenten und Wertbriefen der schweizerische Goldfranken zum Kurs von 50 000 Polenmark berechnet.

Der Hilfsverein deutscher Frauen in Posen bittet uns, auf seine Stellenvermittlung aufmerksam zu machen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Posen, Wahl Leszczynskiego 2 (fr. Kaiserstr. 2), Zimmer 7, und ist werktäglich von 8 bis 8 Uhr (Sonntagnachmittag 2 Uhr) geöffnet (Fernstr. 2157). Die Stellenvermittlung weist unentgeltlich Arbeit nach. Die Arbeitgeber aller Zweige werden gebeten, den Bedarf an Angestellten und Arbeitern dieser Vermittelungsstelle stets zu melden.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt am Sonntag, dem 23. September, einen Ausflug ins Weichatal. Abfahrt 805 nach Parkowo. Rückfahrt abends 855 von Rogasen. Verpflegung mitnehmen. Gäste willkommen. — Dienstag, 25. d. Mts., abends 8½ Uhr, Vereinsfeier im Phylettimmer des Deutschen Gymnasiums, Waly Jagiełły 2 (fr. Karmelitervall). Hoilegang. Der Vorsteher, Handelschemiker H. am. wird sprechen über die neuen Lehren von den Vitaminen. Auch hierbei sind Gäste willkommen.

Ein Augenblicksbild vom Wochenmarkt bringt die „Pravda“ ihrer Nr. 213: Eine Hausfrau wendet sich an einen Schuhmann und sagt, sie habe bei dieser Händlerin (auf die Händlerin weisend) für eine Mandel Eier so und so viel zahlen müssen, d. h. mehr als die Rückschriften lauten. Andere Käuferinnen schließen sich der ersten an. Der Schuhmann erwidert, daß die Händlerin den Käuferinnen den zuviel abgeförderten Betrag herauszahlt. Die Händlerin schlucht und verzichert, daß sie für die Eier selbst mehr gezahlt habe, als der Rückschrift lautet. In demselben Augenblick wendet sich eine andere Käuferin an denselben Schuhmann, und auf einen Wirt weisend, sagt sie, dieser habe ihr noch mehr abgenommen als die betreffende Händlerin. Da zudem der Schuhmann die Achseln und sagte, die Rückschriften beziehen sich nur

auf die Händler, nicht aber auf die Erzeuger; diese könnten nehmen, was sie wollten.

Eine Prügelei zwischen Mieter und Vermieter. Der „Postep“ berichtet in seiner Nr. 213: Weil die Mieterin einer Zweizimmerwohnung auf dem Hofe, Wierzbięcie 46, nur 50 000 M. Monatsmiete zahlen wollte und nicht die verlangten 100 000 M., hat am 18. d. Mts. die Vermieterin, Frau H., die Mieterin mit Fäusten und einem Stuhl derartig bearbeitet, daß diese nur mit Mühe noch flüchten konnte. Die Sache wird der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

Kaukasischer Kefyr. Unsere gestrige Notiz bedarf der Gründung. Der Inhalt der Flasche kostet 8000 M., die Flasche 4000 M., zusammen also für ein vierter Liter 12 000 M.

Im Korridor eines Arztes bestohlen. Gestern mittag ist einem auswärtigen Besucher, der einen Augenarzt besuchte, ein dunkler Überzieher aus dem Korridor des Arztes gestohlen worden. Der Dieb ist ein junger Mensch von 24 bis 26 Jahren, der sich ganz kurze Zeit im Wartezimmer aufhielt, dann sich aber mit dem Bemerkern entfernte, er wolle lieber nachmittags wiederkommen. Der junge Mann war dunkel gekleidet. Nähre Personale fehlten.

Diebstahl. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung in Górnia Wilda 129 (fr. Kronprinzenstr.) ein Zobelkragen, ein Zobelmuff, 4 Paar Gardinen, 2 gr. Mehl, mehrere Messer und Gabeln; aus einem Speicher in der St. Martinstr. 14 für 7½ Millionen M. roher Kaffee und Kaka; auf dem gestrigen Wochenmarkt einer Dame aus der Handtasche 1½ Million M. bares Geld; aus der Waschküche des Hauses ul. Kraszewskiego 3 (fr. Hedwigstr.) Bett- und Bettwäsche im Werte von 17 Millionen M.; aus einer Werkstatt am Plac Spiski 2 (fr. Hugenbergplatz) allerlei Handwerkszeug, wie Meißel, Hobel, Hammer, Biele, zwei Sägen, Schraubendreher und ein Arbeitsanzug im Werte von 15 Millionen M.; aus einem ebenfalls in Solatich belegten Biedermeier 2 Paar schwarze Mutschelkästen im

Werte von 30 Millionen M.; aus einer Wohnung der ul. Kościelna 22 (fr. Kirchstr.) Bett- und Bettwäsche für 10 Millionen M.

Polizeilich festgenommen wurden gestern 15 Betrunken, 13 Dineten, 3 Personen wegen Diebstahls, 2 wegen Unterschlagung, 1 wegen Betruges, 2 wegen Obdachlosigkeit.

* Dirschau, 20. September. Ein fast unglaubliches Verbrechen wurde gestern mittag im Weichbild unserer Stadt begangen, dem ein kaum zweijähriges Kind um Haarsbreite zum Opfer gefallen wäre. Mittags um 1 Uhr bemerkten mehrere Leute an der Czattauer Chaussee, gleich hinter dem katholischen Pfarrhofsgrundstück, daß ein Strohstaken in Brand stand. Es wurden auch gleich Löschversuche unternommen, wobei die Hindesilenden oben auf dem brennenden Strohstaken ein völlig entkleidetes Kind schreien vorfanden. Glücklicherweise konnte es noch lebend aus den Flammen herausgeholt werden, doch hatte es schon verschiedene Brandwunden am Kopfe, an den Händen und am Rücken davongetragen. Nähere Ermittlungen ergaben, daß es sich um das noch nicht 2 Jahre alte Kind eines Eisenbahners Michael von der Neustadt handelte, das mit der Mutter vor ein dort gelegenes Geschäft mitgegangen war, wo sie kleine Einkäufe zu besorgen hatte. Hier ist das Kind von einer Frau an sich gelöst worden, die es dann von dort bis zur Czattauer Chaussee verschleppte. Was sich dort weiter ereignet hat, sind nur Mutmaßungen, doch ist es nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen als feststehend zu betrachten, daß die betreffende Frau das sauber gekleidete Kind dort zunächst völlig entkleidet, dann auf den Strohstaken geworfen und diesen angezündet hat, um so die Spuren ihrer Tat zu verwischen. Einiger Kleidungsstücke wegen sollte hier also ein unschuldiges Kind einen schrecklichen Flammertod erleiden. Unter dem Verdacht, daß Verbrechen begangen zu haben, ist eine hier erst kürzlich zugezogene Frauensperson verhaftet worden.

Handel und Wirtschaft.

Die Ausgabe einer zweiten Serie von hundertprozentigen Zloty-Scheinen ist Gegenstand eines Gesetzesentwurfs, der dem Sejm unterbreitet werden soll. Die neuen Scheine sollen zur Einführung der ersten Serie dienen.

Die Einschränkungen im polnischen Devisenhandel sollen bereits in den nächsten Tagen sämtlich aufgehoben werden. Verschiedene politische Banken sind bereit zu Anfang dieser Woche (laut „Illustrowany Kurjer Codzienny“) die Genehmigung erteilt worden, Dollarchecks zu honoriieren, während die Banken bis dahin nur Auszahlungen in polnischer Mark vornehmen durften. Auch das Verbot der Notierung der Börsenkurse soll aufgehoben werden.

Von den Aktiengesellschaften.

Kalender der Beugsrechte. „Elektryczność“ L. A. in Warschau gibt ab 20. September drei Gratifikationen auf eine alte „Konstanca“-Büderfabrik, die auf fünf alte Aktien 25 jungen ab 25. September — 26. September. Bank Kredytowy in Warschau (XI. Em. 2:1; 1. Juli 1923). 5. Oktober. „Dzernia“ Szamotuły L. A. in Samter (II. Em. 2:1; 200 v. d.). 15. Oktober. „Agrochemia“ (IV. Em. 1:16; 1. Januar 1923). Zachodnia Tow. dla Handlu in Przemyslu S. A. in Warschau (VI. Emision 1. Januar 1923). 17. Oktober. Fornaria Seifenfabrik S. A. in Warschau (III. Em. 1:1; 1. Januar 1923). „Bestis“ S. A. in Warschau (III. Em. 7:1; 1. Jan. 1924).

Von den Märkten.

Metalle. Berlin, 20. 9. 23. (In Millionen Mfd. p. Kgr.) Raff. Kupfer 50—52 orig. Weichblei 20—21, Hüttenrohstoff in freiem Verkehr 26—27. Remelted 20—21, Zinn (Bank, Straits u. Austral) 162—168, Hüttenzinn 155—160, Reinstein 90—95, Antimon Regulus 21—22, Silberbarren 3400—3500.

London, 20. 9. 23. Kupfer 66½—67½.

Getreide. Hamburg, 20. 9. 23. (In Millionen Mfd.) Weizen 330—350, Roggen 260—290, Hafer 260—280, Wintergerste 240—250, Sommergerste 360—380, Mais 380—390.

Chicago, 20. 9. 23. Weizen 100, Mais 83, Hafer 38, Roggen 68, 25.

Kolonialwaren. New York, 20. 9. 23. Kaffee (Rio) lotto 10, 52.

Börse.

Warschauer Börse vom 20. September. An der heutigen Börsenbörse haben sich die Kurse für sämtliche Papiere erholt. Gestern wurde zum ersten Male die Posener Spółka Drzewna (I.—VI. Em.) notiert. Für die größeren Papiere steigendes Interesse. Von den Staatspapieren notierte die Milionówka 6500, die 8 Prozent. Goldanleihe 345 000—340 000, alte landliche Kreditbriefe 325 000 bis 335 000, Stadtanleihe 300 000 pro 100 Adl. nom. Am Devisenmarkt ist die Tendenz jetzt. Von offiziellen Werten notierten: Bank Kredytowy in Warschau 150—140, Bank Zwiazku 390, Chodorów 850, Czerwionka 350—355, Czestochowa 5250—5425, Gostkowice 380—420, Michałków 625—605, Tom. Fabr. Czerni 9000—9500, Posn. Spółka Drzewna 400, Kop. Węgl. 1100—1075, Legielski 125—145, Modrzewiów 150—1450, Nördlin 380—390, Parowice 117—116, Bieleniewski 1750—1900, Kopie 140, Bydgoszcz 52 000—52 500, Polbal 26, Chmielów 265—270, Haberbusch 520—500, Polska Rafta 100—110, Brzeg. Nusztow 550—555, Nobel 295—300, Starachowice 1000—1100. Von nicht notierten Werten wurden gehandelt: Bruszków 80 000, Warsz. Bank Szemb. 200, Sarniańska Huta Szklana 30 000, Cukrownia Mała Wies 450—490 000, Dobrzyniewo (früher „Röd“) 65—60 000, Warsz. Wschodni 75 000.

Krakauer Börse vom 20. September. Für Devisen ist die Tendenz unverändert. Für Effeten etwas stärker. Größeres Interesse für Legielski und Chmielów. Es notierten offizielle Werte: B. Bank Przemysłowy 78, Bank Biem. Kredyt. 45, Lahan 80—88, Zegluga Polska 24, 5—26, Bieleniewski 140—147, Czajdówka 145—150, Pharma 132, Barowoy 112—115, Niemojewski 160, Góra 2600—2625, Lepege 780—810, Oisos 750, Kratus 180—185, Chmielów 240—250, Chodorów 550—580, Legielski 140—147.

Von nicht notierten Werten wurden gehandelt: Jaworzno 4050—4250, Gazy Biemie 5500 (bez.), 5600 (angeb.), Chybi 1850, Ven 330.

Ostdevisen in Berlin, 20. September. Auszahlung Bulware 821 G. 829 B., rep. 25%. Riga 706 500 G. 793 500 B., Kaitowitz rep. 50%, 69 300 G. 70 000 B., Polennoten 63 700 G. 66 300 B., lettische Rubel 671 G. 699 B., estnische Mark 500 000 G. 520 000 B., Litauen 16 600 000 G. 17 340 000 B.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 21. September 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kgr. bei sofortiger Waggonlieferung.)

Weizen 830 000—870 000 Roggenkleie 230 000 Roggen 470 000—510 000 Hafer 440 000—470 000 Getreide 420 000—460 000 Raps 900 000—1 000 000 Braunerde 480 000—520 000 Odermennig 700 000—800 000 Weizenmehl 1 500 000—1 600 000 Biskuitaerben 1 100 000—1 450 000 Roggenmehl 840 000—890 000 Eßkartoffeln 85 000—90 000 (inkl. Säcke) Fabrikkartoffeln 70 000—80 000 Weizenkleie 240 000 Tendenz: fest.

Marktsituation im allgemeinen unverändert.

Posener Viehmarkt vom 21. September 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Kinder: 1. Sorte 4 100 000 M. II. Sorte 3 400 000 M.

II. Kalber: I. Sorte 5 000 000 M. II

102. Zuchtvieh-Auktion

der Danziger Herdbuchgesellschaft e. v.
 am Mittwoch, d. 10. Oktober 1923, vorm. 10 Uhr
 in Danzig - Langfuhr, Husarenkaserne 1.
 Antritt: 35 sprungs. Bullen,
 50 hochtragende Rühe,
 75 hochtragende Färse,
 sowie circa 60 Eber und Sauen
 der großen weißen Edelschwein u. veredelten Land-
 schweinecasse von Mitgliedern der Danziger
 Schweinezuchtgesellschaft.
 Die Ausfahrt nach Polen ist unbeschränkt. Böll. u.
 schwierigkeiten bestehen nicht. Die Tiere werden nur
 gegen sofortige Barzahlung verkauft. Kataloge
 werden auf Anfordern kostenlos die Geschäftsstellen
 Danzig, Sandgrube 21.

Güter u. Landwirtschaften in jeder Größe,

sowie
 Häuser, Gasthäuser, Villen,
 Industrieobjekte, Ansiedlungen
 suchen für zahlungsfähige Käufer. Bestiger-Offeren an
 Grundsätzl. u. Hypothek.-Bank-Kommissionsgeschäft

A. Baumgartner & Mackowiak,
 Poznań, Plac Sapeżyński 2a.

Suche von sofort od. später eine Mühle 3—10 Ton.

zu kaufen oder zu pachten. [9172]
 Kitowski, Starogard. Telefon 40.

Zum Verkauf stehen:
 1 gut erhaltenes Coupé [9113]
 1 fast neuer sechssit. eleg. Gesellschaftswagen
 2 Spiritus-Sammel-Gesäße
 au. je 6500 L.

Wituchowo b. Kwidz.

Fürst Batzfeld-Weizen,
 Zeelfinder-Roggen,
 Petrus-Roggen,
 füllt er sie ab, anerkannt durch Izba Rolinica, hat abgegeben [9139]
 F. A. E. von Pflug-Brody.

Wir kaufen waggonweise
Fabrik- u. Speisefkartoffeln
 zur sofortigen und späteren Lieferung.
 Landwirtschaftliche Hauptheßelheit
 Kartoffel-Abteilung [9139]
 Poznań, ul. Wyszowa 3. Tel. 4291.

Kiefernholz, Rollen, Stühlen
 in Waggonladungen gibt ab
 A. Löwissohn
 Poznań, ul. Zwierzyniecka 27.
 Tel. 5080

Deutscher Schäferhund (Mäde),
 1½ Jahr alt, kräftig gebaut, sehr wachsam und anhänglich
 verkauft billig, weil übergängig. Offeren unter 9186
 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Kartoffelflocken.
 Lieferanten gesucht für mehrere Waggon
 Kartoffelflocken nach der Schweiz.
 Offeren mit Preisangabe per 100 kg. unter Chiffre
 m. 3529 D. an Publicitas, Basel.

Kreissägenblatt,
 gebraucht, 70—80 cm Durchmesser, zu kaufen gesucht.
 Offer. m. Preis unter 9185 an die Geschäftsst. d. Bl. erw.

Führe als Spezialität und halte stets auf Lager:

Kartoffel-

Dämpfer

Walzen- u. Stein-

Schrotmühlen

Gesamtinhalt	Kartoffeln
65 Liter	= 40 Kilo
80 "	= 48 "
100 "	= 65 "
130 "	= 80 "
160 "	= 95 "
190 "	= 118 "
230 "	= 140 "
320 "	= 190 "
450 "	= 270 "

, Stille u. Saxonia"

Schrot- u. Quetschmühlen.	Leistung pro Stunde
Nr. B 2 Gölelantrieb, 3—4 Pferde ca. 350 Kilo	
Nr. C 4 Transmissionsantr., 4 PS. ca. 900 "	
Nr. C 5 " 5 PS. " 1300 "	
Nr. C 6 " 6 PS. " 1500 "	

Original Lanz-

Steinmühlen	
Nr. 25 Gölelantr., 2—3 Pferde ca. 150 Kilo	

Nr. 30 " 3—4 " 275 "

Inz. H. Jan Markowski, Poznań,

Mielzyńskiego 23 (Bauhütte).

Grosshandlung landw. Maschinen u. Geräte. 9116



Für die

Kaufmännische Leitung

der Filialen in Lemberg und Sosnowice einer großen elektrotechnischen Firma wird ein Herr gesucht, nicht über 35 Jahre alt, mit bester Schulbildung und guten praktischen Kenntnissen in Buchführung und Rechnungswesen, der die polnische und deutsche Sprache flüssig beherrscht. Bewerber, welche schon in einschlägigen Firmen gearbeitet haben, bevorzugt. [8473]

Angebote in beiden Sprachen mit Zeugnisabschriften, Lichtbild und Gehaltsansprüchen an Annonceen-Büro Teofil Pietraszek, Warszawa, Marszałkowska 115, unter „Kaufmännische Leitung“.

Selbständ. Buchhalter

wird von Brauerei

zum sofortigen Antritt gesucht. Geschäftswohnung vorhanden. Schriftl. Offeren in deutscher u. polnischer Sprache unter „Selbständig 9159“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Daselbst findet sofort Anstellung ein

Gärtner

für einen größeren Garten

Spezialist für Obst- u. Gemüsekulturen. Es wird nur auf eine erste Kraft reagiert. Wohnung vorhanden. Schriftliche Offeren in deutscher u. polnischer Sprache unter „Gärtner 9159“ a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Bürovorsteher

für Rechtsanwaltschaft u. Notariat

suchen zu alsbaldigem Antritt die Rechtsanwälte Krochmann u. Dr. Piwowarezyk Ostrów

[Pozn.]

Buchhalter

von deutscher Altengesellschaft sofort gesucht. Offeren unter 9160 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Dom. Nowy Dwór, p. Zbąszyń. [9189]

sucht zum sofortigen Antritt einen tüchigen Hofbeamten

der mit Rechnungsführergeschäften vertraut ist. Poln. Sprache in Wort und Schrift Bedeutung.

Suche für 400 Mg. große Wirtschaft einen jungen Mann

zu meiner Unterstützung. Nur Landwirtschaftliche mit Kenntnis d. poln. Sprache wollen sich melden bei 9187

L. Wege, Cerekwica nowa, p. Łowicz, pow. Jarocin.

!! Deutschland !!

Gesucht werden mehrere

Deputatfamilien

mit mindestens 2 Höfen. Anfrage kommen nur voll arbeitsfähige Leute. Angebote sind zu richten an

F. von Klitzing'sche Güterverwaltung, Schloss Neudorf, Post u. Bahn Brem (Kr. Mecklenburg). Auskunft in Polen erlaubt.

Güterdr. Penke, Nowy dwór, p. Zbąszyń.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 21. 9.: „Die toten Augen“, Oper von d'Albert.

Sonnabend, den 22. 9.: „Ballott-Abend“ (Premiere).

Sonntag, den 23. 9.: „Die toten Augen“, Oper von d'Albert.

KINO COLOSSEUM SW.

Vom 17.—28. September

FORTUNATO?

Atembeklemmende Spannung hervorruhendes Detektiv- u. Abenteuerdrama in 6 gewalt. Akten.

Zentrifugen,
 Buttermaschinen,
 Fahrräder,
 Gummi,
 Nähmaschinen.

Reparaturen präzise.

Ersatzteile jed. Art.
 Hermann Kron, Wągrowiec,
 Budosta (Brombergerstr.) 10.

Gebräuchle, gut erhaltene

= Gitarre =

zu kaufen gesucht. Offeren m. Preisang. unter 6. 9127

an die Geschäftsst. d. Blattes.

Kreuzkreise. Sonntag, 10: Gd. Greulich. — 11:

Kinder. Der.

Kreisling. Sonntag, 3:

Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußdienst. Haupts.

Sonntag, 10: Gd. Ders.

— 11½: Kinder. Ders.

Amtswoche: Ders.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gottesd. D. Blau.

— 11½: Gd. Stuhmann.

Mittwoch, 6: Bibelstunde. D. Staemmler.

Amtswoche: Ders.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogródowa 6 (früher. Gartenstr.)

Sonntag (Enteckensei).

9½: Predigtgd. m. hl. A.

— Beicht. Hoffmann.

Kirchendorf: „Alles ist an Gottes Segen“. (E. Stein.)

— 11½: Gd. Der. — Mittwoch, 5: Konfirmandenunterricht. — Donnerstag, 4: Frauen- u. Jungfrauenverein. — Freitag, 8:

Kirchchor.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gottesd. Rhode.

— Danach Kinder.

Mittwoch, 6: Bibelstunde.

Kapelle der Diaconie-Arbeits. Sonnabend, 8: Wochenschlußgottesd. Sarowy.

Sonntag, 10: Gottesdienst. Ders.

Christliche Gemeinschaft.

im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki. Sonnabend, 6: Jugendbundfunde.

— 7½: Evangelisation.

— Freitag, 7½: Bibel-

-besprechungsstunde. — Feder-

man herzlich eingeladen.

Gemeinde gläubig ge-

taufster Christen (Baptisten).

al. Przemysłowa (jr. Ma-

garetenskr.) 12. Sonnabend,

— 11: Sonntagschule. —

3½: poln. Gottesdienst.

— 4½: Predigt. Drewe. — 5½:

Jugendverein. — Mitt-

woch. 8: Gebetstid.

Montag, abends 5½ Uhr.

Dienstag, morgens 7½ Uhr.

nachm. 4 Uhr.

abends 6 Uhr 30 Min.

Mittwoch, morgens 7 Uhr.

norm. 10 Uhr.

nachm. 4 Uhr.

Festsaufgang 6 Uhr 28 Min.

Werktag-Andacht.